

Branchen | Tschechische Republik | Internet-, Telekommunikationsdienste

## Sieben Interessenten für 5G-Frequenz-Auktion in Tschechien

**Die Regierung möchte über den neuen Standard einen vierten Mobilfunknetzbetreiber ins Land locken. Es gibt sieben Interessenten.**

07.10.2020

Von Miriam Neubert | Prag

- ▶ Etablierte Provider klagten vergeblich
- ▶ Energiekonzern ČEZ nimmt nicht teil
- ▶ Bieterwettkampf noch 2020

Bis Ende September 2020 konnten sich in Tschechien Unternehmen melden, die an der Versteigerung von Blöcken im Frequenzband 700 Megahertz und 3.400 bis 3.600 Megahertz teilnehmen möchten. Nach der Öffnung der Umschläge teilte das Tschechische Telekommunikationsamt Anfang Oktober mit, dass sich sieben Unternehmen für eine Teilnahme beworben haben. Ihre Namen wurden aufgrund der rechtlichen Vorgaben nicht enthüllt.

### Etablierte Provider klagten vergeblich

In den Wochen zuvor hatten die drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber im Land - T-Mobile, O2 und Vodafone - die geplante Versteigerung der Frequenzen für das neue 5G-Netz wegen der Wettbewerbsbedingungen angefochten, zum Teil vor dem Stadtgericht Prag, zum Teil gegenüber der Europäischen Kommission. Stein des Anstoßes waren vor allem die Bedingungen im Zusammenhang mit einem nationalen Roaming, aber auch geringe Frequenzvolumina im Band von 3.400 bis 3.600 Megahertz. Dem Tschechischen Telekommunikationsamt ČTÚ zufolge kamen sie mit ihren Einwänden nicht durch.

Die Regierung sieht die Mobilfunkpreise kritisch und möchte über die Gestaltung der Bedingungen einen weiteren Provider auf den tschechischen Markt bewegen. Er soll im Wettbewerb mit den drei dominierenden Mobilfunkbetreibern preislich für Bewegung sorgen - zugunsten der Endkunden.


### Energiekonzern ČEZ nimmt nicht teil

Im Vorfeld war in den Medien darüber spekuliert worden, ob nicht der halbstaatliche Energiekonzern ČEZ diese Rolle übernehmen könnte. Dieser betreibt einen virtuellen Mobiloperator (ČEZ Mobil) und verfügt über ein Glasfasernetz. Doch hat sich das Unternehmen dagegen entschieden, an der Auktion teilzunehmen. Das sagte ČEZ-Sprecher Ladislav Kříž gegenüber der Wirtschaftszeitung Hospodářské noviny.

Im Sommer 2020 hatten sich potenzielle Interessenten in den Anmerkungsprozess zu den Bedingungen der Auktion einschalten können. Dem Tschechischen Telekommunikationsamt zufolge zeigten diese öffentlichen Konsultationen im Vorfeld der Ausschreibung, dass es viele Subjekte gibt, die Interesse an Radiofrequenzen im Band 700 Megahertz haben könnten - mit dem Ziel, als neuer Betreiber landesweit zu agieren. Verwiesen wurde dabei neben ČEZ auf die Anmerkungen der Gesellschaften A1 Telekom Austria, Nordic Telekom, České radiokomunikace und Sazka.

### Bieterwettkampf noch 2020

Ein wichtiges Ziel des Bieterwettbewerbs ist es, neue elektronische Kommunikationsdienstleistungen mittels eines drahtlosen Hochgeschwindigkeitsnetzes zu entwickeln und Bedingungen für die Innovation der Netze und Dienstleistungen mit Blick auf 5G zu schaffen.

Die Versteigerung ist in fünf Kategorien von Blöcken und insgesamt 14 Auktionsblöcke aufgeteilt, die jeweils mit einem Mindestpreis ausgerufen sind. Zusammen geht es um die Summe von 5,3 Milliarden Tschechische Kronen (Kč; umgerechnet 194 Millionen Euro, Wechselkurs am 6. Oktober 2020: 1 Euro = 27,095 Kč). Die Ausschreibung der geplanten elektronischen Versteigerung und die Vergabebedingungen wurden im [Telekommunikationsanzeiger](#)  veröffentlicht. Der Termin für die Auktion war Anfang Oktober noch nicht veröffentlicht. Geht es nach Plan, sollte sie noch 2020 stattfinden, damit der Netzausbau 2021 beginnen kann.

### Mehr zu:

Tschechische Republik  
Internet-, Telekommunikationsdienste  
Branchen

### Kontakt

Regina Wippler

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 416

 [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.